

# BEKÄMPFEN WIR DEN ABSCHIEBUNGSTERROR !

# BEKÄMPFEN WIR DEN DEUTSCHEN CHAUVINISMUS !

Die Ereignisse der Neujahrsnacht im Abschiebegefängnis am Augustaplatz, die zum Tod von Rejasin-gam Jevakumaran, Hamed Djelassi, Kulanthaigopulu Thirunarukkaru, Krishnapillai Velautvapillai, Kassem Said und Nzar Sleimann geführt haben, waren kein "tragisches Unglück", wie dies Senat und Polizei jetzt hinzustellen versuchen, nachdem die offenkundig aus der Luft gegriffenen Behauptungen über einen "geplanten Massenausbruch" oder einen "Gruppenselbstmord" fallen gelassen werden mußten. Dieser widerliche Zynismus der Herrschenden, mit dem sie die Opfer ihrer Brutalität und Willkür auch noch verspotten, kann nur unsere Empörung und unseren Haß hervorrufen.

Die mutige Aktion der Häftlinge war auch keine "Verzweiflungstat", sondern eines der wenigen ihnen noch verbliebenen Mittel des PROTESTES GEGEN DROHENDE ABSCHIEBUNGEN UND DIE UNERTRÄGLICHEN HAFTBEDINGUNGEN, die nur allzusehr an jene Verhältnisse erinnern, wie sie schon einmal in deutschen Lagern herrschten.

Ganz gleichgültig, was die Ermittlungen gegen die diensthabenden Wachbeamten noch zu Tage fördern, auch wenn es Polizei und Justiz gelingen sollte, deren dubiose Rolle im unklaren zu lassen und ein Verbrechen zu vertuschen, das aus Niedertracht oder nach Dienstvorschrift geschah, so oder so steht fest:

Der Tod der sechs Gefangenen ist eine weitere unübersehbare Anklage gegen die verbrecherische Auslieferungs- und Asylpraxis des westdeutschen Imperialismus und seiner Polizei- und Justizbehörden in Westberlin.

Dazu gehören nicht allein die unbeschreiblichen Bedingungen in den Abschiebegefängnissen wie dem am Augustaplatz, wo die Gefangenen z.T. über viele Monate hinweg in überfüllten Zellen, die eher Käfigen gleichen, festgehalten werden und den Schikanen ihrer Bewacher ausgesetzt sind. Es kann nicht übersehen werden, daß sich solche Haftbedingungen nahtlos in die viel umfassendere Abschiebungs- und Abschreckungsstrategie des westdeutschen Imperialismus gegenüber Asylbewerbern und "unerwünschten" Ausländern überhaupt einordnet, die hier in Westberlin mit besonderer Härte verfolgt wird.

Die Möglichkeiten zur Erlangung politischen Asyls sollen faktisch beseitigt werden und sind es bereits auch weitgehend, besonders für Verfolgte und Revolutionäre aus der Türkei, aus arabischen Ländern, aus Sri Lanka oder Pakistan. Die westdeutschen Imperialisten haben ganz "rechtmäßig" be-

reits hunderten von Revolutionären das Asyl verweigert und sie an faschistische Regimes ausgeliefert, deren Terrorherrschaft ihnen Kapitalexport und Profite sichert. Gegenwärtig ist eine große Zahl von Revolutionären aus der Türkei von der Auslieferung an die Folterkeller der Militärdiktatur in Ankara bedroht, was Kemal Altun unter Einsatz seines Lebens bloßgestellt hat und jetzt nicht in Vergessenheit geraten darf.

Ober die regelmäßige Ablehnung von Asylanträgen hinaus - dies betrifft ca. 90% aller Anträge - trachten die Behörden insbesondere in Westberlin danach, von vornherein zu verhindern, daß Asylanträge überhaupt gestellt werden können. Es sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen nach Westberlin eingereiste Flüchtlinge von Greifkommandos der Polizei in Abschiebehaft gebracht worden sind und dort bis zu ihrer Abschiebung jeder Möglichkeit beraubt wurden, Asyl zu beantragen.

So wurde dem tamilischen Flüchtling Krishnapillai Velautvapillai die bloße Annahme eines Asylantrages verweigert, obwohl er vor dem Haftrichter angegeben hatte, daß er nicht nach Sri Lanka zurück wolle, wo die tamilische Minderheit blutigen Verfolgungen ausgesetzt ist. Der Vorwand für die Weigerung bestand darin, wie ein Senatssprecher unverfroren mitteilte, daß das Wort "Asyl" nicht gefallen sei! Ein anderer tamilischer Gefangener, Kulanthaigopulu Thirunarukkaru, wurde in Abschiebehaft gehalten, nur weil er nach Stellung des Asylantrages seine "Paßeinzugsbescheinigung" verloren hatte. Polizei und Justiz waren offenbar entschlossen, mit ihnen ebenso skrupellos zu verfahren, wie mit den über 60 tamilischen Flüchtlingen, die vor zwei Jahren von Westberlin nach Sri Lanka abgeschoben worden sind, wo sie sofort verhaftet und mißhandelt wurden.

Gegen diese brutale Willkür des Polizeiapparats, gegen die drohende Auslieferung mit der sicheren Erwartung, erneut verhaftet, gefoltert oder ermordet zu werden, richteten sich die Protestaktionen der Gefangenen vom Augustaplatz. Hierbei muß ihnen die Solidarität jedes fortschrittlichen Menschen gehören, den die offene und versteckte deutsch-chauvinistische Propaganda noch nicht verblendet hat.

Dies alles geht nicht auf das Konto einzelner rassistisch aufgehetzter Richter und Polizisten. Hinter diesem Vorgehen des Staatsapparates steckt ein klares S y s t e m. Dies zeigen schon die Schritte, die als Reaktion auf die Ereignisse am Augustaplatz angekündigt worden sind: Ausbau eines "zentralen Polizeigewahrsams" für Abschiebehaft-

linge, verschärfte Kontrollen in der U-Bahn und jetzt auch in der S-Bahn, mit einem Wort, weitere Perfektionierung der verbrecherischen Abschlebung- und Abschreckungspraxis.

Diese umfaßt auch nicht nur den offenen Abschiebungsterror gegen Asylbewerber und Flüchtlinge und die gezielte Vernichtung von ausländischen Revolutionären. Ebenso dienen Maßnahmen wie der ganz "legale" Entzug der Aufenthaltserlaubnis oder die sogenannten "Rückkehrhilfen" dem erklärten Ziel, die in Westberlin lebenden ausländischen Arbeiter und ihre Familien zu tausenden aus der Stadt zu jagen.

Aber auch die Worte von der "Integration" sprich "Eindeutschung der Ausländer", die gerade SPD-Politiker so gerne im Mund führen und die von den Grün-Alternativen nachgeredet werden, verfechten lediglich eine andere Variante der "Ausländer raus!"-Hetze. Sie dienen dazu, die ausländischen Werktätigen aufzuspalten in "Deutsche Ausländer" und "Ausländische Ausländer", - um den einen Teil abzuschleiben und den anderen Teil als "Beutegermanen", die von der Polizei für "unbedenklich" gefunden wurden, einzuverleiben.

Der Abschiebeterror, die ausländerfeindliche Hetze sind keine Erfindung von Lummer und der CDU. Diese führen nur fort, was der SPD-Senat schon Jahre zuvor mit nicht geringerer Brutalität und Infamie praktiziert hat. Die jetzt zur Schau getragene "Betroffenheit" führender SPD-Politiker ist pure Heuchelei. Der frühere SPD-Innensenator Ullrich steht für die Auslieferung von hunderten von pakistanischen Flüchtlingen und Asylbewerbern an die dortige Militärdiktatur. Das inzwischen geschlossene Abschiebegefängnis in der Kruppstraße wurde damals unter SPD-Regie eingerichtet. Auch die Überlegungen, die Einreise von ausländischen Staatsangehörigen in Absprache mit den DDR-Revisionisten ausschließlich über den Grenzübergang Waltersdorfer Chaussee zu leiten und dort zu überwachen, um "unerwünschte" Personen gleich von der Grenze weg ohne viel Aufsehen in Abschiebehaft bringen zu können, gehen auf alte Vorschläge des SPD-Senats zurück. So ist es auch kein Zufall, daß die SPD heute - als angebliche Alternative zum CDU-Senat - selbst den sofortigen Ausbau eines zentralen Abschiebegefängnisses und "kürzere Verweilzeiten" in den Gefängnissen, sprich: beschleunigte Abschiebungen im Stile Ullrichs, fordert.

Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, denn SPD und CDU sind beide Parteien des westdeutschen Imperialismus, Einpeitscher und Vollstrecker seiner chauvinistischen und rassistischen Politik. Wenn sie dabei manchmal unterschiedliche Töne anschlagen, so betrifft dies nicht das Wesen der Sache, vielmehr unterstützen und ergänzen sie einander.

Auch wenn der westdeutsche Imperialismus heute die Errichtung einer faschistischen Diktatur noch nicht für erforderlich hält, zeigt die Praxis der Abschiebung in die Folterkeller, die Lage der Gefangenen überhaupt und die widerliche rassistische Hetze, daß sein Staatsapparat in der Tradition des Hitlerfaschismus steht.

Die massive rassistische und faschistische Hetze in all' ihren Varianten dient dem westdeutschen Imperialismus vor allem dazu, die eigenen Werktätigen mit dem Gift des deutschen Chauvinismus zu verseuchen und "die vielen Ausländer", leider nicht ohne Erfolg, als die angeblich Verantwortlichen für die kapitalistische Krise und die Massenarbeitslosigkeit hinzustellen. Damit sollen die Arbeiter in westberliner und ausländische Arbeiter gespalten werden, um sie vom Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen das Finanzkapital und seinen imperialistischen Staatsapparat abzulenken. Im gemeinsamen Kampf gegen diesen Feind aber können und werden die Arbeiter verschiedener Nationalitäten in Westberlin die Spaltung überwinden und den deutschen Chauvinismus schließlich niederringen.

Ohne dem deutschen Chauvinismus in ihren eigenen Reihen den Garaus zu machen, werden die westberliner Arbeiter ihre Aufgabe als Abteilung der proletarischen Weltrevolution nicht erfüllen können: die gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats durch die proletarische Revolution in Westberlin.

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

ES LEBE DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION !

6. Januar 1984

**PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH !**  
**PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH !**

**WESTBERLINER KOMMUNIST**

**Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins**

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: E. Stralucke, Brunhildstraße 5, 1 Westberlin 62